

Aktuelles

Ernst Hillebrand

Ein politischer Nachruf auf Tony Blair

Blair geht. 1997 begann er als sozialdemokratischer Reformator von Format und endet nunmehr im Amt als extrem unbeliebter Politiker. Mit der Partnerrolle im Irak-Krieg an der Seite des US-Präsidenten George W. Bush begann sein unaufhaltsamer Abstieg. Obwohl Tony Blair der erfolgreichste LABOUR-Premier in der britischen Geschichte ist, zieht der Leiter des Londoner Büros der FES eine ziemlich düstere Bilanz seiner Regierungsdekade.

Nach Erreichen der »historischen« zehnjährigen Amtszeit hat Tony Blair seinen Rücktritt angekündigt. Einen Platz in den Geschichtsbüchern wollte er sich sichern, hatte es am Schluss geheißt, als immer mehr Beobachter sich fragten, warum Blair sich noch immer in *Downing Street* festklammert. Als ob das notwendig gewesen wäre. Seinen Platz in den Geschichtsbüchern hat Blair schon lange sicher: Als strahlender LABOUR-Seriensieger ebenso wie als der Politiker, der Großbritannien in einen verhängnisvollen Krieg trieb.

Es fällt schwer, dem Politiker Blair Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Zu schillernd ist die Persönlichkeit, zu zweifelhaft waren seine Methoden, zu widersprüchlich ist die Bilanz. Einiges steht auf der Habenseite: Großbritannien ist unter LABOUR der wirtschafts- und sozialpolitisch erfolgreichste Flächenstaat Europas geworden. Das Land erlebte in den letzten zehn Jahren die längste kontinuierliche Wachstumsperiode seit Wirtschaftsaufzeichnungen überhaupt existieren. Es

herrscht *De-facto*-Vollbeschäftigung, massive Investitionen haben die Qualität der staatlichen Dienstleistungen verbessert und über 700.000 neue Arbeitsplätze im Öffentlichen Dienst geschaffen. Ein gesetzlicher Mindestlohn wurde eingeführt und seither kontinuierlich erhöht, die Löhne und Gehälter sind seit 1997 um durchschnittlich 2,5 % jährlich gestiegen. LABOUR hat viel früher und konsequenter als andere Mitte-Links-Parteien auf die Integration in die Arbeitsgesellschaft als dem zentralen Ansatzpunkt von Armuts- und Marginalitätsbekämpfung gesetzt und sich frühzeitig entschlossen, lieber Arbeit als Arbeitslosigkeit zu akzeptieren. Der Anteil der Ausgaben für das Bildungswesen am BIP stieg von 4,5 % auf 5,5 % an, wobei die physische Infrastruktur ebenso wie die Organisationsstrukturen von Grund auf erneuert wurden. Themen wie familienzentrierte Armutsbekämpfung, Kinderbetreuung und Frühförderung sozial benachteiligter Kinder wurden bereits zu einem Zeitpunkt ernst genommen, als

sie andernorts noch unter der Kategorie »Gedöns« liefen.

So beachtlich diese Erfolge sind, so relativ gering ist daran der Anteil des Premiers. Das »B« auf vielen Politikbereichen ist nicht das »B« von Blair, sondern das »B« von Brown. Nicht nur die Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik, sondern auch die Politik vieler Fachministerien wurde in den letzten zehn Jahren aus der *Treasury* heraus gesteuert. Gordon Brown, so der OBSERVER-Kolumnist Will Hutton vor kurzem, habe sich in den letzten Jahren als der »herausragende politische und ökonomische Strategie seiner Generation« erwiesen. Es muss für Blair in den letzten Jahren zunehmend eine Qual gewesen sein, den Atem dieses sperrigen, intellektuell und analytisch hoch begabten Mannes immer stärker im Nacken zu spüren.

Eine erstaunlich negative Bilanz

Nun verlässt er sein Amt als ein extrem unbeliebter Politiker. »Täuschung«, »Talent ohne Integrität«, »Unaufrichtigkeit« und »Unzuverlässigkeit« sind Urteile, welche die Wähler heute mit seinem Namen assoziieren. Die Masse der Briten zieht eine erstaunlich negative Bilanz seiner Amtszeit: Das Land, so eine Umfrage des OBSERVER, sei heute weniger wettbewerbsfähig, ein unangenehmerer Platz zum Leben, unsicherer, unfreier und unglücklicher als vor zehn Jahren. Lediglich Behinderte, Schwule, Lesben und ethnische Minderheiten hätten es heute besser – die Masse der Bevölkerung, einschließlich der Frauen, dagegen schlechter. In zehn von elf Politikfeldern – die Ausnahme ist die mit Brown assoziierte Wirtschaftspolitik – attestieren die Befragten der Regierung eine zum Teil deutlich negative Bilanz.

Das größte Trümmerfeld jedoch ist die Außenpolitik, der einzige Politikbereich, welcher der fürsorglichen Belagerung durch den Schatzkanzler vollständig entzogen war. Die mit Unwahrheiten be-

gründete Invasion in den Irak und die daraus entstehende humanitäre und politische Großkatastrophe werden mit Blairs Image für immer verbunden bleiben. Zu dem Leid des Krieges selbst kam im Inneren die tiefe Beschädigung der Glaubwürdigkeit der politischen Institutionen, ein Anwachsen der Terrorismusgefahr und eine massive Belastung des Verhältnisses zur muslimischen Bevölkerung, nach außen eine weitere Destabilisierung des Mittleren Ostens, eine Spaltung der EU in Zeiten, in denen eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik nötiger denn je wäre, eine Schwächung des UN-Systems, eine Belastung des Verhältnisses des Westens zur islamischen Welt und die weitestgehende Delegitimierung von »humanitärer« Interventionspolitik.

Das Duumvirat Blair-Brown

Der Irak-Krieg sollte wohl die Alltagsdefizite seines Regierungsstils vergessen machen, die gekennzeichnet waren von einer Überzentralisierung der Entscheidungsprozesse, Ignoranz gegenüber fachlichem Rat von Beamten und Parlamentarier sowie einem flexiblen Umgang mit den Fakten. NEW LABOUR werde, so Blair 1997, vom Zentrum – sprich von *Downing Street* – aus regieren. Das war nicht zuviel versprochen. Die großen Parlamentsmehrheiten der ersten zwei Wahlperioden ermöglichten es dem *Duumvirat* Blair-Brown und seinen Küchenkabinetten, die Unterhaus-Fraktion weitgehend zu ignorieren. Nicht sehr viel besser erging es Beamten des Regierungsapparates und den meisten Ministern. Es gäbe, so die FINANCIAL TIMES, keinen Mangel an Beweisen dafür, dass »die Herren Brown und Blair den Beamtenapparat an den Rand drängten und eine Tendenz dazu zeigten, Kabinettskollegen wie angeheuerte Hilfskräfte zu behandeln«.

Wesentliche Konsequenz für diesen straffen Zentralismus war die Formulierung von Zielen und Zielvorgaben für alle

Bereiche und Ebenen der Verwaltung und des Öffentlichen Dienstes. Nicht der Ansatz, Elemente moderner Management- und Monitoring-Methoden aus der Wirtschaft auch für die Administration zu übernehmen, war dabei das Problem, sondern die Art und Weise, wie dies geschah: Als reformpolitische Tonnenideologie, unter deren Einfluss ständig neue, oftmals praxisferne Ziele, Strategien und *Benchmarks* herausposaunt wurden. Oftmals hatten Initiativen nicht die Zeit zu reifen; neue Vorgaben lösten bereits nach kurzer Zeit die alten ab. Die Folgen dieses hektischen, von den Medien forcierten Politikstils waren oft negativ, nicht nur für die davon betroffenen Sektoren. Blairs Rituale einer permanenten Reform zerstörten das Vertrauen der Verwaltungsapparate wie der Bürger in die Planungs- und Strategiefähigkeit der Regierenden und schufen in der öffentlichen Wahrnehmung ein Bild des permanenten Scheiterns von Politik.

Das Erbe

Nach zehn Jahren ist die Öffentlichkeit dieses Politikstils und seiner Vermarktungsmaschinen überdrüssig geworden. Gleichzeitig wird der Beobachter das Gefühl nicht los, dass die trübe Regierungsbilanz Blairs tiefere Ursachen hat als nur die Verärgerung über mediale Übervermarktung und praxisfremdes Mikro-Management. Der tiefe Fall des einst so populären Tony Blair symbolisiert auch einen Einschnitt im programmatischen Zyklus der europäischen Mitte-Links-Bewegungen. Blairs NEW LABOUR-Projekt basierte im Kern auf der Annahme, dass sozialdemokratische Politik nur reüssieren kann, wenn sie sich jener neoliberalen Mittel, Ziele und Symboliken bemächtigt, die von einem tiefen Misstrauen gegenüber dem Öffentlichen Dienst getragen sind. Doch ein wachsender Teil der Stammwähler LABOURS findet sich in dieser politischen Philosophie des Anti-Etatismus nicht mehr wieder. Blair und

sein politisches Umfeld scheinen für diese Entwicklungen keinerlei Sensorium entwickelt zu haben.

So hinterlässt er seinem Nachfolger eine in den Meinungsumfragen abgehängte Partei, die personell und organisatorisch ausgeblutet, beinahe bankrott und weitgehend kampagnenunfähig ist. Das Land ist politikverdrossen und zynisch. Zudem werden die Fehler der Politik Blairs im Nahen und Mittleren Osten die Regierung noch auf Jahre außen- und innenpolitisch belasten. Das letzte Mal, so der Meinungsforscher Frank Luntz im GUARDIAN, habe er im Mai 1997, vor dem ersten Wahltriumph LABOURS, in ähnlicher Form »Unzufriedenheit, Frustration und offene Feindseligkeit gegenüber politischen Führungsfiguren« festgestellt.

Gordon Browns größte Herausforderung wird es zunächst einmal sein, überhaupt wieder Vertrauen in die Institutionen, das Personal und Funktionsmechanismen von Regierung und LABOUR PARTY herzustellen. Danach wird er sich schnellstens daran machen müssen, die überzogen negative Beurteilung der Regierungsbilanz LABOURS zu revidieren. Damit dies gelingen kann, hat der Wahlforscher Luntz noch einen Ratschlag für ihn bereit: »When it comes to mention Tony B., be afraid. Be very afraid.«



Ernst Hillebrand (*1959)
ist Leiter des Londoner Büros
der Friedrich-Ebert-Stiftung.
ernst.hillebrand@feslondon.org.uk

Rudolf Walther

Normalisierung nicht möglich

Vor vierzig Jahren: Der zweite Juni

Woran erkennt man einen ehernen Alt-68er? Daran, dass er noch immer die Tötung des Studenten Benno Ohnesorg durch eine Polizeikugel für einen Mordanschlag hält. Die Juristen schufen damals das legitimatorische Unikum von der »Putativnotwehr«. Der 2. Juni 1967 wird seither als magisches Gründungsdatum der Studentenrevolte begangen. Noch heute würden außerparlamentarische Oppositionelle »gejagt« – zumindest ideologisch – meint der Autor aus Anlass des 40. Jahrestags.

In diesen Tagen jährt sich zum vierzigsten Mal ein magisches Datum für die Protestbewegung, die unter der Chiffre »68« läuft, obwohl alles ein Jahr davor begann. Am 2. Juni 1967 wurde Benno Ohnesorg von einem Berliner Polizisten »von hinten erschossen«, wie der ZEIT-Reporter Jürgen Zimmer damals berichtete. Die Polizei heizte die Stimmung an, indem sie noch am gleichen Abend per Lautsprecher die Falschmeldung verkündete, ein Polizist sei erstochen worden. Der Regierende Bürgermeister Heinrich Albertz erklärte am

Tag danach, »wir lassen uns nicht länger terrorisieren«, und verhängte ein Demonstrationsverbot. Der CDU-Landesvorstand äußerte sich ähnlich: »Berlin wird sich nicht länger von einigen hundert radikalen Müßiggängern terrorisieren lassen.«

Die Berliner Polizeigewerkschaft schließlich verlangte von der politischen Führung zum Schutz der uniformierten Prügelkohorte, »vom Kurs der weichen Welle bei der Behandlung solcher Kriminellen endlich abzugehen«. In Bonn regierte die Große Koalition, die Notstandsgesetze